

Burgdorf, 19.02.2008

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales und der ausländischen Mitbürger** der Stadt Burgdorf am **29.11.2007** Sitzungssaal Rathaus II

16.WP/SozA/003

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:45 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:45 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:02 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Morich, Hans-Dieter

stellv. Vorsitzende

Rück, Stefanie

Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele
Obst, Wolfgang
Pilgrim, Adolf-W.
Rickert, Heidrun
Walter, Klaus-Dieter
Weilert-Penk, Christa
Wunn, Ina Prof. Dr.
Dr.

(für Herrn A. Leunig)
(für Frau U. Weber)
(für Frau A. Gilke)

Beratende/s Mitglied/er

Bindseil, Helga
Mrowka, Gertrud
Schulze, P. Michael

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Borrmann, Thomas
Kindler, Thies
Pape, Petra
Philipps, Lutz

(ab TOP 4, ab 16.40 Uhr)

Entschuldigt

Effer, Ilse
Ehlers, Elsbeth
Moser-Schlicht,
Brigitte

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger vom 14.06.2007
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Bericht und Vorstellung des Projektes "Gemeinsam gewinnen" der Paulus Gemeinde durch Frau Doris Lehrke-Ringelmann
5. Bericht über die Behindertenfahrt 2007
6. Bericht über die Seniorenfahrt 2007
7. Weihnachtsbeihilfe für Burgdorfer Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII - Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 24.09.2007
Vorlage: 2007 0249
8. Frauennachttaxi (FNT)
Vorlage: 2007 0213
9. Aussprache über die Haushaltsansätze der Sozialabteilung für das Rechnungsjahr 2008
Einzelplan 4, Unterabschnitt 40000 S. 72, 43110 S. 85, 43120 S. 85, 43500 S. 86, 43600 S. 87, 49700 S. 124, 49800 S. 125
Einzelplan 5, Unterabschnitt 54000 S. 128
Vorlage: 2007 0244
10. Anfragen lt. Geschäftsordnung
11. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde um den Punkt Sachstandsbericht "Selbstbestimmt Leben im Alter" im vertraulichen Teil erweitert.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger vom 14.06.2007

Die Niederschrift wurde mit 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

-keine -

4. **Bericht und Vorstellung des Projektes "Gemeinsam gewinnen" der Paulus Gemeinde durch Frau Doris Lehrke-Ringelmann**

Frau Lehrke-Ringelmann stellte das Projekt "Gemeinsam gewinnen" der Paulus Gemeinde vor. Hierbei sollen Familien, speziell alleinerziehende Mütter oder Väter , für ein Jahr Begleitung durch eine lebens- und familienerfahrene Helferin oder einen Helfer erhalten. Diese Helfer seien ehrenamtlich und fachlich geschulte Menschen, die seit Juni 2007 auf ihre neue Aufgabe vorbereitet werden. Sie bieten ihre Hilfe an bei Themen, wie Haushaltsführung, Kindererziehung und allgemein bei Fragen der Haushaltsorganisation. Ziel sei es, die Lebenssituation der Kinder zu verbessern und den Familien zumindest eine gewisse Zeit lang ein zuverlässiger Ansprechpartner zu sein.

Dieses Projekt wird für die nächsten drei Jahre von der Landeskirche bezuschusst.

Herr Niemann vom Jugendamt hat dem Projekt seine Unterstützung zugesagt.

Herr Obst merkte an, dass es sehr schwierig sei, die entsprechenden Familien zu erreichen und dass dies schon oft gescheitert sei.

Zu dem Projekt hatte er noch drei Fragen:

- a) Sind die ehrenamtlichen Helfer im Stande und in der Lage, tatsächlich zu helfen oder nur zu beraten?
- b) Wo bestehen die Unterschiede zur Arbeit des Kinderschutzbundes oder arbeitet man auch zusammen?
- c) Was ist nach den drei Jahren, wenn die finanzielle Unterstützung ausläuft?

Frau Lehrke-Ringelmann antwortete zu Frage a), dass es sich bei den Helfern um Erzieherinnen, Lehrerinnen und Kinderkrankenschwestern handeln würde, die allesamt gestandene Menschen seien. Sie sollen die Familien "an die Hand" nehmen und auch hinweisen, beraten bei Kinderernährung, Essen kochen (keine Fertiggerichte), Wäsche und eben alltäglichen Abläufen.

Zu Frage b) teilte Sie mit, dass in der nächsten Woche ein Kontakt mit dem Kinderschutzbund zustande kommen würde.

Frau Mrowka antwortete auf Frage c), dass die Finanzierung weiter durch die Kirchengemeinde erfolgen würde.

Herr Pilgrim äußerte, dass ein großer Notstand und Bedarf bei vielen Familien bestehen würde, die für uns alltägliche Situationen nicht kennen gelernt haben. Zehn Helfer könnten natürlich nur einen kleinen Bereich abdecken. Dieses Projekt sei aber ein guter Anfang.

Frau Weilert-Penk sagte, dass man zur Kenntnis nehmen müsse, dass

ein immer größer werdender Bedarf bestehe, die schwierigen Familiensituationen in den Griff zu bekommen. Man könne nicht abwarten, bis eine Tendenz eingetreten ist. Niederschwellige Hilfe will vorher einsetzen.

Das Projekt sollte unterstützt werden.

Herr Obst schloss sich der Unterstützung an. Man müsse mehr mit Lehrern und dem Mütterzentrum zusammenarbeiten, die dann Auffälligkeiten mitteilen könnten. Die Stadt könne sich auf Dauer nicht verweigern, solche Maßnahmen zu unterstützen. Er befürwortete eine Verknüpfung der unterschiedlichen Hilfsangebote.

Frau Bindseil betonte, dass bereits unheimlich viel in der Stadt gemacht werde; manchmal zu viel und manchmal nicht das, was nötig sei. Sie habe den Eindruck, dass manche Hilfsangebote immer von den selben Leuten angenommen würden. Die, für die die Hilfe eigentlich gedacht sei, würden nicht erreicht.

Frau Pape hielt das Projekt für gut und sagte, man hätte sich im Vorfeld ausgetauscht. Dieses Projekt passe sehr gut in die Kette. Junge Frauen und Mütter hätten kaum Erfahrung in der Haushaltsführung. Es gebe eine prozentuale Rate von 30 % übergewichtigen Kindern in Burgdorf. Daher sollte auch wieder Hauswirtschaft in Schulen unterrichtet werden.

Frau Prof. Dr.Dr. Wunn äußerte, dass es soziale Probleme in Burgdorf gebe. Die Arbeit der Kirche und des Kinderschutzbundes seien in Ordnung. Sie gab zu bedenken, dass Geld nicht hier und dort zu verteilen. Es fehle ein Plan und ein Programm, wo die Probleme und welches geeignete Maßnahmen seien.

Frau Mrowka sagte, dass man nach einer gewissen Zeit erst einmal Bilanz ziehen müsse, wo noch etwas fehlen würde, z.B. bei alleinerziehenden Vätern und im Brennpunkt *Südstadt*.

Herr Pilgrim äußerte, dass es sich nicht um einen Antrag auf Bezuschussung handele. Man müsse einen Plan machen, was und wo es gemacht werden sollte. Frau Bindseil sei zu pessimistisch. Es sei ein begrenzter Teil, der Hilfe brauchen würde. Der mit diesem Projekt eingeschlagene Weg sei gut und sinnvoll.

Frau Bindseil meinte, dass ihre Äußerung nicht negativ gemeint sei. Der Staat komme nicht umhin, etwas zu tun. Früher gab es eine Fürsorgerin, die in die Familien ging. Wenn etwas passierte, dann sei es meist schon zu spät. Sie befürworte dieses Projekt.

Frau Weilert-Penk ergänzte, dass vor einigen Tagen eine Veranstaltung mit Herrn Niemann vom Jugendamt und dem Jugendschutzbund stattgefunden habe. Dort ging es z.B. um die Themen *Empfängnisverhütung und Schwangerschaft bei Frauen unter 18*. Die Veranstaltung sei gut angekommen.

Herr Obst äußerte, dass dies ein abendfüllendes Thema sei und dass es einen Unterschied zwischen Burgdorf und Städten wie Bremen und Hamburg gebe. Die soziale Kontrolle sei hier eine ganz andere als in Großstädten. Es würde was getan. Man könne keinen Plan machen und keine Statistik erstellen. Man hätte es hier mit nachwachsenden Menschen zu tun und wenn *Not am Mann* wäre, müsse reagiert werden. Das

funktioniere auch grundsätzlich, man würde sich hier weiterhin auf einem guten Weg befinden. Das Optimum sei jedoch noch lange nicht erreicht.

Herr Morich bedankte sich für die lebhaftige Diskussion.

5. **Bericht über die Behindertenfahrt 2007**

Herr Borrmann berichtete über die Behindertenfahrt vom 18.07.2007. Sie führte zum Europareservat Riddagshausen bei Braunschweig. Im Hotel Aquarius am Europareservat wurde Kaffee und Kuchen gereicht; danach erfolgte eine Walderlebnis-Führung. Diese Fahrt sei bei der gesamten Gruppe sehr gut angekommen.

Die Kosten für die Fahrt beliefen sich für die Stadt Burgdorf auf 1.460,00 €. Zum Abschluss erfolgte ein Abendessen für die Teilnehmer in der Seniorenbegegnungsstätte "Herbstfreuden". Diese Kosten sowie die Kosten für die DRK-Fahrzeuge zum Abholen und nach Hause bringen der Teilnehmer wurden vom DRK getragen.

Herr Borrmann bedankte sich beim DRK für die wiederum gute Organisation und Durchführung der Behindertenfahrt.

Frau Bindseil äußerte, dass für die Fahrt viele Helfer benötigt würden, da die Leute einzeln abgeholt und wieder nach Hause gebracht werden müssten. Ziel der Fahrt sei es, den Menschen eine Freude zu machen. Sie dankte der Stadt für die gute Unterstützung.

Der Termin für die nächste Fahrt sei der 09.07.2008, wozu alle Ausschussmitglieder recht herzlich eingeladen seien. Das Ziel sei jedoch noch nicht bekannt, da die Suche nach einem geeigneten Ausflugsziel nicht einfach sei. Nicht alle Ausflugsziele seien behindertengerecht.

6. **Bericht über die Seniorenfahrt 2007**

Die Seniorenfahrten fanden am 04.09. und 06.09.2007, ebenso wie die Behindertenfahrt, zum Europareservat Riddagshausen statt.

Herr Borrmann berichtete, dass an den Fahrten insgesamt 194 Senioren, davon 42 Senioren aus Ramlingen-Ehlershausen, teilgenommen hätten. Abzüglich der eingenommenen Teilnehmerbeiträge von 8,00 €/Person sei für die Stadt Burgdorf ein Kostenbetrag in Höhe von 1.126,00 € verblieben.

Herr Walter bestätigte, dass es eine sehr schöne Seniorenfahrt war.

7. **Weihnachtsbeihilfe für Burgdorfer Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII** **- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 24.09.2007** **Vorlage: 2007 0249**

Zu Beginn des TOP 7 gab **Herr Morich** seinen Vorsitz an die

stellvertretende Vorsitzende, Frau Rück, ab.

Herr Walter äußerte, dass der Antrag auf Weihnachtsbeihilfe Herrn Fleischmann ehrt, jedoch das Beispiel der Stadt Burghausen nicht mit Burgdorf zu vergleichen sei, da die Stadt Burghausen deutlich weniger Einwohner und größere finanzielle Mittel hätte.

Herr Walter fragte Herrn Bürgermeister Baxmann, ob die Stadt Mittel für eine Weihnachtsbeihilfe hätte.

Herr Baxmann antwortete, dass hierfür keine Mittel im Haushaltsplan veranschlagt seien.

Frau Rück betonte, dass man dem Antrag eigentlich nur zustimmen könne, jedoch die Kommune nicht die Fehler vom Bund ausgleichen könne. Ihrer Meinung nach solle eine Resolution über den Rat angestrebt werden.

Herr Morich dankte ebenfalls Herrn Fleischmann für dessen Antrag und äußerte, dass die Stadt Burghausen 19.000 Einwohner und 60.000.000 € Gewerbesteuererinnahmen habe und dies mit Burgdorf nicht zu vergleichen sei. Man müsse eine Brücke bauen und eine Beihilfe für Arbeitslosengeld II-Empfänger organisieren. Hierfür müsse man mal die in Burgdorf ansässigen Geschäfte kontaktieren.

Herr Baxmann äußerte, dass der Antrag zwar gut gemeint sei, warnte jedoch davor, dem Antrag zuzustimmen. Man könne nicht den Sozialstaat abbauen und durch Almosen ergänzen. Hier sei der Bund in der Pflicht. Was politisch gewollt sei, könne die Kommune nicht durch Almosen ausgleichen. Dies müsse politisch korrigiert werden. Eine Beihilfe von der Kommune wäre ein verfehlter Ansatz.

Herr Obst stimmt dem zu und sagte, dass die Kommunen nicht das finanzieren könnten, was das Land hätte machen müssen. Der Regelsatz von 347,00 € für ALG II-Empfänger sei zu knapp.

Zum Vorschlag des Herrn Morich äußerte **Herr Obst**, dass es bereits die HAZ-Weihnachtsbeihilfe gebe, die viele Burgdorfer bereits unterstütze.

Frau Prof. Dr.Dr. Wunn fragte nach, was eine Weihnachtsbeihilfe die Stadt kosten würde.

Herr Philipps äußerte, dass sich die Kosten auf rund 200.000 € belaufen würden. Die Stadt Burghausen hatte hingegen nur einen Aufwand von 31.000 € und dies bei einer –wie bereits erwähnt- ungleich besseren Finanzausstattung (60 Mio. € Gewerbesteuererinnahmen, 60 Mio. € Rücklagenbestand).

Frau Rück beantragte, dem Verwaltungsausschuss zu empfehlen, eine interfraktionell abgestimmte Resolution durch den Rat anzustreben, den Antrag des Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" aber abzulehnen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

8. Frauennachttaxi (FNT)
Vorlage: 2007 0213

Der Beschlussvorschlag zu 1. der Vorlage 2007 0213 wurde einstimmig angenommen.

9. Aussprache über die Haushaltsansätze der Sozialabteilung für das Rechnungsjahr 2008
Einzelplan 4, Unterabschnitt 40000 S. 72, 43110 S. 85, 43120 S. 85, 43500 S. 86, 43600 S. 87, 49700 S. 124, 49800 S. 125
Einzelplan 5, Unterabschnitt 54000 S. 128
Vorlage: 2007 0244

Herr Borrmann erläuterte den Mitgliedern des Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger die den Ausschuss betreffenden Ansätze des Haushalts.

Frau Pape nahm zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 4 Unterabschnitt 49700 und 49800 gesondert Stellung.

Zu der Umlage Frauenberatungsstelle teilte sie mit, dass das Angebot gut angenommen würde. Das Angebot umfasse derzeit eine Gruppe für Frauen bei Trennung und Scheidung, kostenlosen Rechtsberatung und kooperative Zusammenarbeit mit Gleichstellungsbeauftragten zum Thema *Frauen und Geld*.

Der Haushaltsansatz für 2008 sei unverändert. Die Region hätte jedoch eine Stundenerhöhung und eine höhere Finanzierung in Aussicht gestellt. Bei den Aufwendungen für Präventionsaufgaben würden für Miete, Nebenkosten und Versicherungen für den Frauentreff am Ostlandring 2.700 € angesetzt. Der Zuschuss zu den Personalkosten für die Mitarbeiterin würde 6.500 € betragen.

Herr Obst fragte, warum man diese Kosten nicht splitte , sondern alles zusammenfasse.

Herr Philipps erwiderte darauf, dass es sich um einen Zuschuss für einen Träger handele. Eine Splittung halte er nicht für erforderlich, da die Zusammensetzung des Ansatzes am Ende des Unterabschnitts erläutert sei.

Über das Protokoll: Die Anregung von Herrn Obst wird umgesetzt.

Herr Philipps merkte an, dass unter die Haushaltsstelle 4.9800.718200 Zuschüsse an andere Vereine und Verbände, auch die finanzielle Unterstützung des Seniorenrates, fielen. Vom Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger sei eine Empfehlung über die Höhe auszusprechen.

Herr Pilgrim ging davon aus, dass die technische Ausstattung für die Arbeit des Seniorenrates von der Verwaltung gestellt würde. Er hielt einen Zuschuss von 1.000 € für ausreichend.

Der Ausschuss empfahl einstimmig, die Arbeit des Seniorenrates mit 1.000 € für das Jahr 2008 zu unterstützen.

Herr Philipps informierte, dass die Kosten für die Neuauflage des

Seniorenratgebers bisher nicht im Haushalt berücksichtigt seien. Der redaktionelle Teil werde vom Seniorenrat erarbeitet. Die Kosten für den Druck sollten möglichst über Werbung finanziert bzw. es sollte die Zusammenarbeit mit einem Verlag angestrebt werden, der den Druck und die Akquise der zur Finanzierung benötigten Anzeigenkunden selbst übernimmt (wie z.B. bei der Neubürgerbroschüre).

Der Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger nahm die Haushaltsansätze zur Kenntnis. Eine Änderung der Ansätze wurde hier nicht empfohlen.

10. **Anfragen lt. Geschäftsordnung**

- k e i n e -

11. **Anregungen an die Verwaltung**

Herr Morich regte an, den Seniorenratgeber ähnlich wie den von der Region Hannover über Anzeigen von Seniorenheimen, Stadtparkasse usw. zu finanzieren.

Außerdem regte **Herr Morich** an, die Toilette am neu entstehenden Citymarkt frühzeitig fertig zu stellen.

Herr Morich führte weiter auf, das es eine Initiative *Tunnelumbau* des Altersheimes Schillerslager Straße gebe, da es für die Bewohner sehr schwierig und aufwendig sei, zu Fuß in die Innenstadt zu gelangen.

Frau Mrowka entgegnete daraufhin, dass die Buslinie 905 jede Stunde von der Schillerslager Straße in die Innenstadt und auch wieder zurück fahren würde.

Einwohnerfragestunde

Ein Bürger meldete sich zu Wort und gab die sozialen Probleme in Burgdorf zu bedenken. Man müsse massiv etwas unternehmen gegen Vandalismus und Verkehrsfehlverhalten.

Herr Baxmann merkte daraufhin an, dass man hier auf die Einzelaspekte eingehen müsse. Dies würde allerdings bereits im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Schule und Kultur getan. Weiterhin gebe es eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Es wäre nicht immer möglich, die Verantwortlichen heranzuziehen.

Der Bürger äußerte daraufhin, dass man mehr die Eltern zur Verantwortung heranziehen müsse.

Des Weiteren führte der Bürger aus, dass *die Tafel* zwiespältig sei und man diese Einrichtung seines Erachtens nur bedürftigen Leuten zugänglich machen dürfe. Es sollten doch strengere Maßstäbe angesetzt werden.

Frau Mrowka entgegnete daraufhin, dass nur Berechtigte, die Hartz IV beziehen und Rentner, *die Tafel* nutzen. Hierfür würden die Berechtigten einen Ausweis bekommen. Die Kontrolle sei gegeben.

Als weiteren Punkt regte **der Bürger** an, das DRK anzuhalten, nicht ständig zu „betteln“, da das DRK eine der reichsten Organisationen in Deutschland sei.

Frau Bindseil äußerte, dass Sammler keine Bettler seien und das DRK in Burgdorf nicht sammle. Er solle froh sein, dass es das DRK gibt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer